

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortshaupten:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Koppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordensdorf, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Köderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 68.

Dienstag den 15. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Reichskanzler Müller hat bei seinem Versuch, die Unabhängigen an der Kabinettsbildung zu beteiligen, ein glattes Absege erhalten.

Der Reichspräsident hat, nachdem Hermann Müller den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben hat, Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei zu sich gebeten.

Der Reichspräsident hat den Ausnahmezustand in Ruhrgebiet und in Schlesien aufgehoben.

Die Reichsschulkonferenz hat die Aussprache über die Einheitschule beendet.

Die Bayerische Volkspartei tritt für die Schaffung der Stelle eines bayerischen Staatspräsidenten und für Erweiterung der bisherigen Regierungskoalition ein.

Die Verhandlungen zur Bildung einer Regierungskoalition in Österreich sind bisher ergebnislos verlaufen. Die Auflösung des Parlaments ist wahrscheinlich.

Giolitti hat endgültig die Neubildung des italienischen Kabinetts übernommen.

Aus Apulien (Italien) werden schwere Unruhen gemeldet.

Der Saar-Konflikt. „Petit Parisien“ meldet: Es ist bekannt, daß die Völkervereinigung sich mit einer Klage der Grenzkommission im Saargebiet gegen Oberleutnant v. Rylander beschäftigt, dem eine Reihe von Inzestverbrechen vorgeworfen wird. Die deutsche Regierung ist gebeten worden, diesen Offizier in kürzester Frist durch einen anderen zu ersetzen, damit die Arbeiten auf diesem Gebiet keine Unterbrechung erleiden. Die deutsche Regierung hat geantwortet, sie wolle sich, einen anderen Offizier an Stelle des Oberleutnants v. Rylander zu ernennen, und verweigert zwei Dinge, die miteinander nichts zu tun haben: einen Konflikt, der über die Befugnisse der Grenzkommission entstanden ist, und die persönliche Haltung des Offiziers. Die Konferenz der Völkervereinigung hat deutschen Offizieren, die allein die Maßnahmen nach es abgelehnt, auf den ersten Punkt einzugehen, bevor nicht im zweiten Punkte Genugtuung gegeben ist. h. bevor nicht Oberleutnant v. Rylander durch einen anderen Offizier ersetzt worden ist. — Oberleutnant v. Rylander hatte sich einer Erweiterung der Saargebietsgrenzen entschieden widersetzt. Die deutsche Regierung hat seinen Standpunkt und sein Verhalten vollkommen gebilligt.

Wahlkorrekturen. Die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses im Wahlkreis Potsdam ist einem wahren Rätselraten. Fast täglich wurde ein neues „endgültiges“ Resultat bekannt. Nach den letzten nochmaligen Überprüfung des Wahlergebnisses sind für das Zentrum 23 863 Stimmen abgegeben worden. Mit der verbundenen Zentrumsliste von Berlin (36 540 Stimmen) stellt sich das Gesamtergebnis auf 60 403 Stimmen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Weiser ist also doch gewählt. — Im Wahlkreis Altona-Nachdem hat sich durch das amtliche Wahlergebnis die Zahl der Zentrumsmandate um eines erhöht, so daß dort also 7 Zentrumsabgeordnete gewählt sind.

Militärrevolte in Triest.

In Triest ist eine Militärrevolte ausgebrochen. Um die Abfahrt von Truppen nach Albanien zu verhindern, zogen Soldaten und sozialistische Arbeiter durch die Stadt mit den Rufen: „Nieder mit dem Krieg!“ Gegen Mitternacht schritten Königsgarden und Karabinier ein. Gruppen von Nationalisten eröffneten das Feuer gegen die Sozialisten und rebellischen Soldaten. Die Rebellen haben sich im Stadtzentrum verschanzt. Laut „Secolo“ gab es viele Tote und Verwundete. — Das Fahr- und Bureaupersonal der Eisenbahn in der Lombardei ist in den Streik getreten.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, 12. Juni.

Die aufregenden Tage der Reichstagswahl sind glücklich vorüber und schon wieder sollen die Großberliner Bürger in wenigen Tagen zur Wahlurne schreiten. Am 20. Juni findet die Wahl der Großberliner Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen statt. Das Berliner Stadtparlament im roten Hause kann sich in seiner Bedeutung durchaus gleichwertig an die Seite der meisten einzelstaatlichen Parlamente Deutschlands stellen, seine Zusammensetzung ist also für die Zukunft der Reichshauptstadt Groß-Berlin und ihrer Bevölkerung von größter Wichtigkeit. Leider wird dies von großen Teilen der Bürgerschaft nicht hinreichend gewürdigt. Und unter der politischen Erschlaffung, die begreiflicherweise nach den Reichstagswahlen eingetreten ist, wird das Interesse und die Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl voraussichtlich stark leiden.

Bei der Reichstagswahl sind von der 3,8 Millionen-Volkbevölkerung rund 2,2 Millionen Stimmen abgegeben worden. Für die Gemeindevahlen wird die Zahl der Wahlberechtigten um fast 200 000 geringer sein, weil die Bedingung der einjährigen Unfähigkeit im Gebiet Groß-Berlins viele Reichstagswähler vom Gemeindevahlrecht ausschließt. Dies dürfte hauptsächlich die handwerkliche Bevölkerung treffen, während die bürgerlichen Wählerkreise Einbußen durch Sommerreisen und Teilnahmelosigkeit erleiden werden, denn bekanntlich bringt die große Masse der Bevölkerung für kommunale Dinge niemals so viel Interesse auf wie für die großen politischen Fragen, bei denen die Leidenschaften mitsprechen. Größere Bewegung wird aber aller Voraussicht nach in den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden zu spüren sein, die allmählich doch zu der Erkenntnis gekommen sind, was bei dem kommenden Berlin für den gewerblichen Mittelstand auf dem Spiele steht.

Offiziell stehen die Verhandlungen der zukünftigen Stadtverordnetenversammlung auf einem höheren Niveau, als es in den letzten Sitzungen des alten Stadtparlamentes der Fall war, wo die Stadtverordneten durch die planmäßig vorgenommenen Ruheübungen der Tribünenbesucher fortgesetzten Anpöbelungen und Beschimpfungen angefeuert waren. Ein Zeichen der Zeit!

Ueberhaupt macht sich in der Reichshauptstadt in der letzten Zeit eine harte Verwilderung der Sitten bemerkbar. Die öffentliche Unsicherheit nimmt in erschreckendem Maße zu. Tag für Tag bringt die Berliner Presse Mitteilungen über Einbrüche, Diebstähle, räuberische Überfälle usw. Besonders oft werden Geschäfte und Büroräume heimgesucht. Hier haben es die „Herren Einbrecher“ hauptsächlich auf die Schreibmaschinen abgesehen. Hunderte von Schreibmaschinen-Diebstählen werden jeden Monat bei der Polizei angemeldet. Nur in den wenigsten Fällen gelingt es, die Diebe dingfest zu machen und die Beute wieder herbeizuschaffen. Die Schreibmaschinen werden in die Werkstätten der Fehler geschafft, dort werden die alten Fabriknummern ausgekratzt und durch andere Ziffern ersetzt, so daß die Maschine von dem ursprünglichen Eigentümer schwerlich wiedererkannt werden kann. An Abnehmern für diese Maschinen fehlt es nicht, denn einmal ist die Produktion an Schreibmaschinen sehr gering und dann sind die Preise für neue Maschinen zu hoch. Kein Wunder, daß die billigeren Maschinen „hinterherum“ reisenden Wägen finden.

Eine andere Spezialistengruppe der Einbrecher macht in Perserteppichen. Letzthin war in der Wilhelmstraße eine ganze Sammlung gestohlener Teppiche von der Polizei ausgehoben worden, um auf diese Weise die eigentlichen Eigentümer ausfindig zu machen. Ein großer Teil des Diebesgutes wandert in das „Schleiberviertel“ Berlins, hinter dem Stadtbahnhof Wörte. In der Grenadier-, der Münzstraße und den angrenzenden Straßen sind eine Unmenge Lokale, die hauptsächlich von Händlern mit gestohlenen und gestohlenen Waren frequentiert werden. Trotz der häufigen Ausschreibung dieser Diebesgüter durch die Sicherheitspolizei findet sich dort immer wieder eine große Masse zweifelhafter Elemente männlichen und weiblichen Geschlechts zusammen, die ihre gestohlenen und gestohlenen Waren an den Mann zu bringen suchen. In einem Lokal wurden dieser Tage bei einer Streife etwa 250 Personen festgenommen und auf Lastautos zur Alexanderstraße gebracht, wo sich die Polizei ihre „Schlingel“ etwas näher betrachtete. Eine Stunde später wurde abermals eine Razzia in dem Lokale vorgenommen, diesmal wurden etwa 500 Personen angetroffen, die eine Unmenge Diebesgut zu verkaufen suchten. Vorhanden war alles: Fahrräder, Wäsche aller Art, Damen- und Herrenkleider, Zivilkleider, Gardinen und alle möglichen Gebrauchsgegenstände. Alle Personen samt ihrem Kram wurden ebenfalls zur Alexanderstraße geschafft. Ähnliche Fischzüge im Schleiberviertel werden alle paar Tage an anderen Stellen wiederholt, doch die Zahl dieser unerwünschten Elemente wird nicht weniger. Es wird allmählich Zeit, daß diesem lichtsehnlichen Diebes- und Hehlereisinn endlich einmal das Handwerk gelegt wird; an den nötigen Machtmitteln fehlt es doch sicher nicht.

Die Abgabe der Unabhängigen.

Hermann Müller gibt seinen Auftrag zurück. — Fühlungnahme mit der Deutschen Volkspartei.

Reichskanzler Müller, der mit der Neubildung des Kabinetts von dem Reichspräsidenten beauftragt ist, hat sich zunächst an die zweitstärkste Fraktion des neuen Reichstags, an die U. S. B. gewandt, und sie zur Mitarbeit in dem neuen Kabinett aufgefordert. Die Unabhängigen haben die Aufforderung, wie zu erwarten war, mit einer glatten Abgabe beantwortet.

Der Reichskanzler hat aus der Abgabe der Unabhängigen sofort die notwendigen Konsequenzen gezogen

und den Auftrag zur Kabinettsbildung dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Der Reichspräsident hat nunmehr den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Heinze, zu einer baldigen Unterredung zu sich gebeten. Dr. Heinze ist zurzeit in Dresden.

Im einzelnen spielte sich der Vorgang folgendermaßen ab: Reichskanzler Müller richtete an den Abg. Dr. Heinze ein Schreiben, in dem er die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Beteiligung an der Regierung aufforderte mit der Begründung, daß nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt werden können und eine auswärtige Politik durchgeführt werden könne, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspreche.

Anschließend hat er Herrn Heinze zu einer Aussprache, wobei er zum Schluß auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spaß zu führenden Verhandlungen hinwies.

Das Antwortschreiben Crispians.

Auf dieses Schreiben ist eine Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie, gezeichnet Crispian, eingegangen, in dem der vom Reichskanzler Müller angelegte Eintritt der Unabhängigen in ein Koalitionskabinett in ziemlich scharfer Form abgelehnt und dazu eine lange und ausführliche Begründung gegeben wird. In der gesagt wird, daß die Politik der bisherigen Koalition gezeigt habe, daß eine fruchtbringende sozialistische Politik im Rahmen einer Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht möglich sei. Unter diesen Bedingungen könne für die Unabhängige Partei von einem Eintritt in die Regierung, der auch bürgerliche Parteien angehören, nicht die Rede sein. Schließlich heißt es in dem Schreiben:

„Ergeht sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Überzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein.“

Die ablehnende Antwort der Unabhängigen kann nicht mehr überraschen. Sie war nach den Ausführungen der unabhängigen Presse in den letzten Tagen zu erwarten. Auch in den führenden Kreisen der Mehrheitssozialisten war man auf die Abgabe der Unabhängigen gefaßt, die Schärfe der Abgabe hat allerdings doch überrascht, und es ist möglich, daß sie auf die Beratungen der Fraktion einen gewissen Einfluß haben wird.

Ein Anschluß an eine Koalition, in der die Deutsche Volkspartei oder beide Rechtsparteien sitzen, wird von den Mehrheitssozialisten nach wie vor scharf abgelehnt. Von sozialdemokratischer Seite wird aber die Möglichkeit zugegeben, daß sich innerhalb der Reichstagsfraktion eine Mehrheit finden wird, die ein Kabinett mit politischen Verbindungsmännern bilden wird. Da man auch in Kreisen der Deutschen Volkspartei diese Stimmung bei den Mehrheitssozialisten kennt, dürfte Dr. Heinze, falls er den Auftrag erteilt, seine Maßnahmen danach treffen.

Der Vorschlag eines Wirtschaftskabinetts.

Dieser Gedanke, statt eines rein parlamentarischen Ministeriums ein Wirtschaftskabinett aus Fachleuten, Bauern und Arbeitern zu bilden, wird in bürgerlichen Kreisen nach wie vor eifrig erörtert. Eine führende Persönlichkeit der Deutschen Volkspartei und zugleich des deutschen Wirtschaftslebens, der Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft Boegler, äußert sich dahin, daß bei der Auswahl des künftigen Ministerpräsidenten vorurteilsfrei verfahren werden müsse. Seine Mitarbeiter müssen die sachliche Eignung zum Wiederaufbau, zur wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands besitzen. Der Ministerpräsident müsse seine Mitarbeiter selbst auswählen und in der heutigen Lage Wert darauf legen, Fachmänner um sich zu haben. Ein solches Ministerium werde eine Mehrheit im Parlament finden. Diese Mehrheiten könnten wechseln, obwohl bei den praktischen Vorschlägen für den Wiederaufbau ein sachlicher Zwang vorliege, dem sich keine Partei ungekräftet entziehen dürfe. Ein solcher von einer festen Koalition freier Ministerpräsident wäre endlich wieder in der Lage, zu führen. Da könnten auch Oppositionsparteien in bestimmten Fällen mitarbeiten und zustimmen. Die Opposition wäre nicht mehr, wie bisher, in einen dauernden Gegenstand hineingezwungen, und dem Volke wäre geholfen! Jedermann wisse, wir brauchen die Arbeiterkraft, wir brauchen die Handwerkerkraft, wir brauchen die Intelligenz der Industrie, Handel, Gewerbe und des

Antenenschaft. Also mache man ein Ministerium aus Arbeitern, Bauern und Fachmännern, ein Ministerium des Wiederaufbaues! Das werde das Volk begreifen und gutheißen.

Diese Bildung eines Wirtschaftskabinetts hat in der jetzigen Zeit viel für sich. Diese zunächst persönliche Auffassung des Generaldirektors Voegler dürfte besonders in den Kreisen der Deutschen Volkspartei Zustimmung finden, und es wäre nicht unmöglich, daß sich diese Ansicht auch bei den anderen Parteien durchsetzen wird.

Tagung der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist vom Vorsitzenden Geheimrat Trimborn auf nächsten Dienstag, den 15. Juni, vormittags 11 Uhr, nach Berlin einberufen worden.

Das Programm der Bayerischen Volkspartei.

In der letzten Tagung des Landesvorstandes der Bayerischen Volkspartei stellte Abg. Held folgende Gesichtspunkte auf: Säuberung des Landes von ausländischen Trägern des Bolschewismus, Revision der Reichsverfassung, Schaffung der Stelle eines bayerischen Staatspräsidenten, Erweiterung der Regierungskoalition in Bayern. Dem Eintritt der Mehrheitssozialdemokraten in die Regierung soll grundsätzlich kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Bezüglich der Wahlen im Reich erklärte der Abg. Leicht, die Bayerische Volkspartei werde keinesfalls eine Koalition mitmachen, der die U. S. P. angehört.

Die Reichsschulkonferenz.

Die Aussprache über die Einheitsschule.

Die Reichsschulkonferenz ist nach der feierlichen Eröffnung nunmehr in ihre sachlichen Beratungen eingetreten. Zunächst stand die Einheitsschule im Mittelpunkt der Erörterung. Am das Referat des Professors Kerschensztein in München schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, in deren Verlauf die großen Gegensätze in der Beurteilung dieses Problems scharf hervortraten.

In sehr scharfer Weise nahm Rektor Wigge für die Einheitsschule Stellung. Die Oberschule sei es gewesen, die durch ihre falsche Erziehung den Krieg mitverantwortlich gemacht habe. Die Oberschule habe angeblich Kultur der fremden Völker lehren wollen, aber nichts dergleichen sei in Wahrheit geschehen. Es sei vielmehr festzustellen, daß die höhere Schule die oberen Schichten der Bevölkerung dem Volkstum entfremdet habe. Der deutsche und japanische Arbeiter hätten mehr Gemeinheitsgefühl, als unsere Oberschicht und die Arbeiterschicht. Was nicht das Studium toter Sprachen? In einer Maschine steckt mehr logisches Denken und Wissenschaft, als im ganzen Cicero.

Ihm entgegnete Professor Behring in Berlin: Wir fordern, daß die höheren Lehranstalten sich auf dem bisherigen Grund wissenschaftlicher Forschungen aufbauen. Wir wenden uns gegen die Stufen- und Sprungmäßigen Aufstiege der Schüler. Die Anhänger der Einheitsschule werfen uns akademischen Standesdünkel vor und verlangen als Ziel der Einheitsschule doch die Berechtigung zum Universitätsstudium. Für sie ist Begabung ein quantitativer Begriff. Nicht die Einheitsschule ist nötig, sondern es muß verlangt werden, daß alle Schulen ihrer Eigenart entsprechend gut ausgebaut werden.

Dr. Hoffstätter in Dresden trat für die Deutsche Oberschule ein. Die Wissenschaft dürfe nicht zurückgesetzt werden. Das Deutsche als Lehrgegenstand sei notwendig, mehr in den Vordergrund zu stellen, gerade wenn man die Volksschule und die höhere Schule einander annähern wolle.

Geheimrat Kauer-Münster: Gegenüber dem herrschenden Materialismus, gegenüber der amwachsenden Unterdrückung der Körperausbildung sei der wohlthätige Einfluß der Disziplinen zu betonen, die nicht unmittelbar dem Gelderwerb dienen, besonders der alten Sprachen.

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

(Nachdruck verboten.)

Er teilte ihr noch Näheres mit über den Unglücksfall, dann schied er mit der Hand über die Augen, als wolle er damit all den Jammer, den er in den letzten Tagen gesehen, wegwischen.

„Run, und finde ich hier alles beim alten wieder?“ frag er nach einem kurzen Schweigen.

„Nicht ganz“, antwortete Helene. „Auf dem Berge bei den Herbers — ist das Glück eingekehrt,“ fuhr Helene mit gepreßter Stimme und abgewendetem Gesicht in ihrem Bericht fort.

Der Sessel, auf dem sie saß, erhielt plötzlich einen Auswurf an der Seite, wo ihr Bruder seinen Arm aufgelegt hatte. Sie sah nicht auf, und deshalb bemerkte sie nicht, wie das Gesicht neben ihr für einen Augenblick mit einer fahlen Blässe überzogen wurde, und wie die bebenden Lippen zweimal sich vergebens mühten, um endlich das einzige Wortchen „nun?“ hervorbringen.

Helene erzählte die Begebenheit in den Ruinen, während ihr Bruder aufatmend zuhörte. Mit jedem Wort weiter schien ihm ein Stein vom Herzen zu fallen; er ahnte freilich nicht, daß jedes dieser Worte wie ein zweischneidiges Schwert in dem Herzen der Erzählerin wühlte, und daß diese Mitteilung bereits der Anfang eines furchtbaren Opfers war, das sie bringen sollte.

„Das ist in der Tat eine wunderliche Lösung aller Rätsel“, sagte er, nachdem Helene geendet hatte. „Ob aber die Familie es für ein Glück hält, dem Geschlechte der Gnadewitz anzugehören, bezweifle ich.“

„Ah, du meinst“, unterbrach ihn Helene rasch, „weil es junge Mädchen einst sehr viel an dem Namen aussetzen hatte... Ich kann mir nicht helfen, aber ich denke bei dergleichen Dingen manchmal unwillkürlich an die Trauben, die dem Fuchs zu sauer sind.“ Sie sprach die letzten Worte mit einer schneidenden Schärfe. Soweit ging ihre leidenschaftliche Aufregung und Bitterkeit, daß sie ihre bessere Einsicht verleugnete und die Gefinnung eines Wesens verdächtigte, das sie

Rektor Vorhold, Reg.-Bez. Nachen, trat für die stark zurückgefallen und gefährdeten höheren Schulen in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande ein. Im weiteren Verlauf der Debatte führte Oberkonsistorialrat Beitz-Verlin aus, daß die evangelische Kirche die ihr genommene Schulaufsicht nicht zurückbegehre, daß aber gerade eine Schule, die auf das Erleben ausgehe, die Religion als Konfession nötig habe, und daß die Konfessionsschule von der Verfassung gewährleistet sei.

Präsident Dr. Mausbach-Münster brachte den Standpunkt der katholischen Konferenzteilnehmer zum Ausdruck. Die christlichen Pädagogen erblickten in der Religion die tiefste Kraft persönlicher, inneren, geistlicher Bildung und Erziehung.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Samstag vertagt.

Am Sonnabend wurde die Aussprache über die Einheitsschule zu Ende geführt. Von den 78 Diskussionsrednern, die sich zum Wort gemeldet hatten, wurden nur 25 zur Diskussion zugelassen. Es kamen auch Vertreter der jugendlichen reformerischen Richtung zu Wort, deren Ausführungen teilweise stürmische Beifälle und Zusage wie: „Run noch ein Savolung“ bewirkten. Als nächster Punkt soll die „Arbeitsfrage“ beraten werden.

Politische Rundschau.

Der Reichstag des Landkreises Hienburg hat einstimmig scharfe Verwahrung dagegen eingelegt, daß die deutsch-dänische Grenze die sogenannte Clausenische Linie in Aussicht genommen ist.

Zum württembergischen Landeskommandanten ist der bisherige Chef der Heeresleitung im Reichswehrministerium und frühere preussische Kriegsminister Generalmajor Meinhart, ein geborener Württemberger, ernannt worden.

Der preussische Verfassungsausschuß wird anberaumt durch die politische Lage seine Beratungen am nächsten Dienstag aufnehmen.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

Der Reichspräsident Pippmann hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Jedoch haben es beide genannten Stellen abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen. Oberpräsident Pippmann war als erster Kandidat auf die Liste der pommerischen Demokraten gestellt, die bekanntlich keinen Kandidaten durchgebracht haben.

führt. Ferner hat der Reichspräsident die Aushebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

Die erste Petition an den neuen Reichstag. Einem Vortrag über Euthanasie, den Professor Heinrich Schmidt, der Direktor des Kaiser-Wilhelms-Instituts für die Geschichte des Deutschen Monismus in Jena gehalten hat, beschloß der Reichstag eine Petition einzulegen, in der die gesetzliche Freigabe und Regelung der Euthanasie und der der Vernichtung lebensunwerten Lebens gefordert werden soll. Unter Euthanasie oder Sterbehilfe versteht man die Erleichterung des Todes bei schmerzhaften Krankheiten bei hoffnungslos Erkrankten, deren eigenen Wunsch oder, falls dies nicht möglich ist (Widerrufe), auf Entscheidung einer aus Ärzten und Juristen bestehenden Kommission hin. Der Reichstag soll ein Gesetzentwurf beschließen.

Einbürgerungsfrist für Abstammungsberechtigte. Der Deutsche Schutzbund teilt mit, daß die Einbürgerungsfrist für Abstammungsberechtigte in Ostpreußen bis zum 20. Juni verlängert worden ist. Stimmfähige, die den Wahlausweis bis zum 15. Juni noch nicht erhalten haben, tun daher gut, unverzüglich bei der Abstammungskommission ihres Geburtsortes Einspruch zu erheben.

Rundschau im Auslande.

Zum erstenmale seit 1914 fand, wie aus London gemeldet wird, beim englischen Königspaar im Buckingham-Palast ein Empfang statt, an dem auch der deutsche Geschäftsträger Schamer teilnahm.

Das amerikanische Schiffsamt will den „Devastator“ (früher „Waterland“, der größte Dampfschiff) veräußern.

In der ersten Zone Nordschleswigs hat der Generalkriegsminister die Einführung der Kronenwährung an Ausdehnung angenommen. Zahlreiche streikende deutsche Arbeiter werden mit ihren Familien aus der ersten Zone ausgewiesen.

Die Stadtverordneten von Sonderburg lehnen mit 13 gegen 8 Stimmen einen Antrag von dänischer Seite auf Bewilligung von 20 000 Kronen für die Anschaffung der Stadt anlässlich des Besuchs des dänischen Königs ab.

Die Debatte über die Regierungserklärung endete im Reichstag mit dem Vertrauensvotum für das Kabinett Lutz mit 140 gegen 109 Stimmen.

Der Vorsitzende des Pariser Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten, Louis Barthou, hat den Kriegsminister Lefebvre ersucht, dem Kammerauschuss Erklärungen über die Entlohnung Deutschlands zu geben.

Italien: Revolution in Süditalien.

Der „Secolo“ meldet: In Apulien ist die Revolution ausgebrochen. In Bari haben die Aufständischen die Oberhand gewonnen und der königlichen Garde schwere Verluste zugefügt. Die Aufständischen unterhalten von den Tälern aus ein ununterbrochenes Feuer auf die Truppen, die sich vorübergehend zurückgezogen haben. Der Kommandant der königlichen Garde hat an die Aufständischen ein Ultimatum gerichtet, sich zu ergeben, widrigenfalls er die Stadt durch Artillerie beschießen werde. — Dem Aufstand in Bari war ein Generalstreik vorangegangen, der bereits seit mehreren Tagen im Gange ist. Ob der Bewegung in Süditalien größere Bedeutung zukommt oder sie örtlich beschränkt bleibt, muß abgewartet werden.

Italien: Giolitti's Kabinett.

Die Agentur Stefani meldet: Giolitti hat dem König die neue Ministerliste präsentiert. Zum Minister des Inneren ist Graf Sforza ernannt. Giolitti will außer dem Präsidium noch das Ressort des Innenministers übernehmen. Er erklärte, daß er nicht persönlich an der Konferenz in Spaa teilnehmen werde.

Skandinavien: Die Alandfrage.

Die Mehrheit der ausländischen Kommission hat ein Protest an die finnische Regierung abgegeben anlässlich der Verhaftung der ausländischen Delegation. In dem Schreiben wird die sofortige Freilassung Sundbloms und Heerfors verlangt. Die Befreiung der Inselfruppe durch finnische Militär hat große Erregung unter der ausländischen Bevölkerung hervorgerufen.

haben entsteht aus. Er ging einmal im Zimmer und ab und nahm dann seinen Platz wieder ein.

„Ich habe dir gesagt, daß Emil sich verloben hat“, begann Helene wieder, jedes Wort betonte.

„Das hast du gesagt“, wiederholte er tonlos.

„Du billigst diesen Schritt?“

„Der geht mich nichts an, Hofffeld ist sein eigener Herr; er kann tun, was ihm beliebt.“

„Ich glaube, er hat gut gewählt. Dürfte so wollte ich dir den Namen des jungen Mädchens nennen!“

„Nicht vornehm... Ich werde ihn früh genug hören, wenn er von der Kanzel herab verkündet wird.“

Sein Gesichtsausdruck war eifrig, die Stimme rau und abweisend, und aus den Wangen schienen der letzte Blutschnitten entwichen zu sein.

„Rudolf, ich bitte dich, sei nicht so entschlossen!“ bat Helene flehentlich. „Ich weiß ja, daß die vielen Worte nicht lieblich, und bin an deine letzten Antworten gewöhnt; aber in diesem Augenblick bist du geradezu abstoßend, und gerade jetzt, wo eine Bitte an dich richten möchte.“

„Sprich nur; soll ich vielleicht die Ehre haben, Brautführer des Herrn von Hofffeld zu sein?“

Helene zwangte zusammen vor dem schneidenden Hohne, mit welchem diese Worte gesprochen wurden.

„Du bist dem armen Emil abgeneigt, und machst dich heute wieder einmal recht geltend, so wie vorwärts nach einer kleinen Pause, während welcher Herr von Walde aufgestanden war und raschen Schritten einigemal das Zimmer durchgemessen hatte.“

„Ich bitte dich inbrünstig, lieber Rudolf, mich ruhig an; ich muß heute mit dir über die Verlobung sprechen!“

Er lehnte sich mit verschränkten Armen an ein Fensterpfosten in der Nähe und sagte kurz: „Du bist bereit, zu hören.“

„Das junge Mädchen“, hob sie stockend an, mal weniger in Folge einer Gemütsbewegung, als sie der eiskalte Blick ihres Bruders einschäuferte, junge Mädchen, das Emil gewählt hat, ist arm.“

(Fortsetzung folgt.)

Albanien: Die Räumung Santi Quaranta.

Der Aufstand in Albanien nimmt an Umfang zu. Die Italiener räumen Santi Quaranta, den Hauptstützpunkt im Süden. Die Gesamtzahl der Albaner beträgt 3000 unter Major Mustafa Bajha. Balona wird mit Hilfe der Küstenschiffe gehalten. Aus den Kämpfen in der Umgebung von Balona werden 20 Offiziere, darunter zwei Obersten, vernichtet. In Tepeleni wurden 400 vom Haupttrupp abgepresste Italiener gefangen genommen. Endlich überließen Albaner ein italienisches Militärkontingent auf der Straße von Balona nach Santi Quaranta mit fünf Offizieren. Sie marschierten und blieben den Hauptmann Epice, die übrigen vier entflohen, sämtlich unbefriedet. Darauf umringten Karabinieri die albanische Gendarmen in der Kaserne von Santi Quaranta und führten die gesamte Besatzung gefangen ab. Die Regierung berief die beiden kommandierenden Divisionäre ab.

Eine Verjüngung der Lehrkräfte.

Erlaß des preussischen Kultusministers.

Ein soeben ausgegebener Erlaß des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 1. Juni erklärt eine Verjüngung der Lehrkörper in den höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend als unabwendbar.

Die Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß infolge der Zeitumstände den Schulen wesentlich gesteigerte Aufgaben zufallen. Diesen gesteigerten Anforderungen steht aber zweifellos im allgemeinen eine durch die Lebensmittelpreise und die Erregung der Zeiten hervorgerufene Schwächung der Leistungsfähigkeit gegenüber. Sie macht sich vornehmlich bei Personen von höherem Lebensalter bemerkbar und bewirkt häufig eine so erhebliche Minderung der Arbeitskraft, daß der Rücktritt der Beamten in den Ruhestand in der Regel zu einem früheren Zeitpunkt geboten scheint, als es ehemals der Fall war.

Dazu kommt ferner, daß für die baldige Unterbringung der in übergrößer Zahl vorhandenen anstellungsfähigen Kandidaten und Kandidatinnen des höheren Lehramts sowie der auf Anstellung wartenden jüngeren Lehrer und Lehrerinnen Platz geschaffen werden muß. Im weiteren Verlauf des Erlasses verlangt der Minister von den Schulleitern bis zum 1. Juli eine genaue Zusammenstellung aller Lehrkräfte, die das 65. Lebensjahr entweder bereits vollendet haben oder bis zum Jahreschluß 65 Jahre alt werden. Des weiteren werden die Schulleiter angewiesen, mit den in Betracht kommenden Lehrkräften in schonender, aber eindringlicher Weise Rücksprache zu nehmen und sie zu einer Erklärung aufzufordern, wann sie in den Ruhestand zu treten bereit sind. Der Minister nimmt an, daß die neue Beförderungsordnung vielen den Entschluß erleichtern wird.

Der Kultusminister Haenisch gibt übrigens der Erwartung Ausdruck, daß die für notwendig erklärte Verjüngung sich über den gesamten Beamtenkörper Preußens zu erstrecken habe.

Am Freitag vormittag wird, wie schon gemeldet, im Reichstagsgebäude die von etwa 600 hervorragenden Fachleuten besetzte Reichsschulkonferenz eröffnet werden. In Vertretung des Reichsministers des Innern wird Staatssekretär Heinrich Schulz die Tagung leiten. Die Tagesordnung für diese erste Reichsschulkonferenz ist eine außerordentlich reichhaltige. Es sind etwa 30 Referate vorgesehen, denen sich ausgedehnte Erörterungen anschließen sollen.

Soziales.

Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten. Eine Versammlung von Vertretern aller Beamtengruppen der Reichseisenbahnen hat die Gründung einer einheitlichen Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandten beschlossen. Die neue Gewerkschaft umfaßt rund 300 000 Mitglieder, die politisch neutral und auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechtes steht.



Lum Einbruch in die Postanstalt in Wismar, am letzten Abende. Schiller und Gumbert.

Aus Stadt und Land.

Explosion eines Dynamitdepots. Auf der Grube „Hungaria“ des der Staatseisenbahngesellschaft gehörigen Bergwerkes von Anina in Südungarn ist das Dynamitdepot der Grube aus unbekannter Ursache gerade in dem Augenblick in die Luft geflogen, als die Arbeiter den Schacht verlassen wollten. Bis jetzt wurden 173 Leichen geborgen; außerdem wurden 35 Bergleute mit schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht; 20 Bergleute werden vermisst.

Ausweisung des Weimarer Bürgermeisters. Aus Weimar wird gemeldet: Bürgermeister Dr. Geisler erhielt von dem dortigen französischen General den Auftrag über die Zwischenfälle der letzten Tage keinen Bericht nach Berlin zu erstatten, ferner die Genehmigung einer zu Freitag einberufenen Massenversammlung im Stadtpark, in der energischer Protest gegen das Gebahren der französischen Soldaten erhoben werden sollte, nicht zu erteilen. Trotz Strafandrohung hatte er diesem Befehl mit der Begründung nicht entsprochen, daß zur Erteilung eines solchen Verbots die Franzosen allein nicht befugt seien, vielmehr eine Entscheidung der Alliierten, wozu auch die Engländer, Italiener und Amerikaner gehörten, erforderlich sei. Er

ist deshalb Freitag vormittag seines Amtes entsetzt worden. — Der „Oberschlesischen Morgenzeitung“ zufolge wurden in Rodain-Schoppitz die Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs von Rußland durch Dynamit beschädigt. Erstere wurde vollständig zerstört, bei letzterem wurde der Sockel gesprengt.

Das Sterben der Presse. Wie aus Darmstadt gemeldet wird, stellt die „Heffische Landeszeitung“ (früher „Neue Heffische Volksblätter“) am 1. Juli ihr Erscheinen ein. Das Blatt bestand seit etwa 60 Jahren. Es wurde längere Zeit durch Freiherrn von Heim materiell gehalten. In letzter Zeit war es das Organ der rechtsbürgerlichen Parteien. Die Druckerei wird aufgelöst, die Maschinen werden verkauft.

Seemannsloos. Das englische Schleppboot „Bothwell“, das den mit Salpeter beladenen Dampfer „Sant Theresia“ schleppte, ist auf der Höhe von Dershellin auf eine Mine gestoßen und gesunken. Sechzehn Personen sind ertrunken. Die „Sant Theresia“ wurde nach Newbediep ins Schlepptau genommen.

Zusammenstoß zwischen Deutschen und Franzosen in Memel. Wie aus Memel berichtet wird, gerieten drei Einwohner des Memeler Gebiets in einen vornehmen Weinstock mit einem französischen Offizier wegen seines herausfordernden Benehmens in Wortwechsel. Der Hoiß wurde in einer Aussprache auf dem französischen Gouvernament durch weitgehende Entgegenkommen der Deutschen beigelegt. Acht Tage darauf erschienen die drei Deutschen Ausweisungsbefehle.

Ende des höchster Mißstreichs. Der Mißstreich der Bauernschaft des Landkreises Böbel ist beendet. Die Bauern verpflichten sich, die Mißstände zu den bisherigen Höchstpreisen weiterzuliefern; sie werden aber sofort weitergehende Forderungen gestellt, die auch anerkannt werden sollen. Die gegen die Bauern verhängten Strafen (150 Mark für jeden Streiktag) werden zurückgenommen.

Mißlungener Bestechungsversuch. In Raumburg (Saale) war ein Bahnbeamter von einem Großschieber zur Unterstützung seiner Geschäftsmannipulationen aufgefodert worden; die Hälfte des Gewinnes ward ihm zugesichert. Der Beamte teilte seinen Vorgesetzten der Vorschlag mit und ging auf deren Weisung scheinbar auf die Sache ein. Jetzt sollte nun eine Ladung Schmal verschoben werden, und als der Beamte den gefälligen Frachtfries brachte, erhielt er einen Wechsel über 100 000 (hunderttausend) Mark als Trinkgeld. Der Schieber ist festgenommen und hat ein volles Gefängnis abgelegt.

Die Verteilung der deutschen Kriegsflotte. Als aus Washington gemeldet wird, werden das Schlachtschiff „Hessland“, der kleine Kreuzer „Frankfurt“ und drei ehemals deutsche Zerstörer Mitte Juli nach den Vereinigten Staaten übergeführt werden.

Französisches Vordringen in der Pfalz. Die Aktiengesellschaft „Banque du Rhin“ (Eis) Straßburg mit einem Kapital von 50 Millionen Franken hat in dem von ihr kürzlich erworbenen „Hotel Böwen“ in Neustadt a. S. eine Bankfiliale errichtet.

Eine tollkühne Kletterpartie unternahm ein 13-jähriger Knabe in Berlin. Der Junge kletterte an der Außenwand eines Fabrikgebäudes bis zum fünften Stock in die Höhe, dann kletterte er am Giebel weiter um einen Sturkasten, in dem sich Junge befanden auszunehmen. Der Junge wurde vom Schwindel erfaßt und stürzte vom Dach in die Tiefe auf einen Baum, wobei ihm die Spitze eines Pfahles in die rechte Arie drang. Die Feuerwehr befreite den beunruhigten Knaben und brachte ihn noch lebend zum Krankenhaus.

Wieder eine Unat französische Soldaten. An vergangenem Dienstag wurden am Fuße des bekannten Keroberges bei Wiesbaden zwei Mädchen von französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. Das eine der Mädchen kam dabei derart zu Schaden, daß es im Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Die Täter konnten unerkannt entkommen. — In Saar-Louis wurde ein Kaufmann auf der Heimkehr von einer Geschäftsreise abends auf offener Straße von drei französischen Soldaten im Augenblick, nachdem er an ihnen vorbeigegangen war, von hinten niedergeschlagen. Es wurden ihm mehrere hundert Mark, eine silberne Uhr mit Goldkette, ein silbernes Messer und Geschäftspapiere von den Räubern gestohlen. Der französische Garnisonkommandant sagte volle Wiedergutmachung zu.

Polnische „Grenzkontrolle“. Bei einem Leichenbegängnis, das auf dem Wege von Neutrug nach Sambohl beim Gasthof Neutrug die polnische Grenze passieren mußte, wurde der Schmied Rudnik von einem polnischen Gendarmen gezwungen, den Sarg seines Kindes zu öffnen und die Leiche herauszunehmen, damit der Sarg auf Bannware unterfucht werden konnte. Nachdem das Innere des Sarges mit spitzen Eisen durchsucht und durchsucht worden war, konnte die Leiche wieder eingesargt werden. — Im Grenzgebiet von Breslau (Mummsburg-Schlesien) wurde der Sohn des Besitzers Spors, als er auf dem eiligen Wege zur Apotheke die Grenze ohne Paß nachts passierte, von einem polnischen Grenzposten niedergeschossen.

Eine schwere Missetat spielte sich in Bremerhaven in der an der Gesebrücke liegenden Barterhalle der Straßenbahn ab. Der vierzigjährige Albert drang in die vom Gastwirt Gräfer gepachtete Halle und gab auf den Wirt mehrere Schüsse ab, von denen zwei Gräfer in den Kopf trafen und sofort töteten. Dann ergriff der Täter die Flucht. Er wurde aber von Passanten verfolgt und erschöpfte sich auf offener Straße, als er sah, daß ein Entrinnen unmöglich war. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Acht Gefangene ausgebrochen. Aus einem mit fünfzig Strafgefangenen belegten Saal im Strafgefangenenhaus zu Magin brachen acht Gefangene aus, indem sie die Eisengitter des Fensters besetzten und sich an zusammengebundenen Bettlaken aus dem dritten Stock herabließen. Die Militär-Kriminalpolizei konnte bisher einen Ausbrecher festnehmen, die anderen entkommen.

Ein Spielplatz auf hoher See. Aus Stettin wird gemeldet: Eine findige Gesellschaft hatte, da in der kommenden Vabzeit auf preussischem Gebiete die Veranstaltung von öffentlichen Glücksspielen in Klubs und Kaffees verboten ist, versucht, ein Klublokal zu

merken, das außerhalb der Reichweite der preussischen Staatsanwaltschaft liege. Die Herren hatten sich ein Schiff gemietet und beabsichtigt, den Spielbetrieb auf hoher See aufzunehmen. Der Vertrag mit dem Schiffsbauer ist jedoch für ungültig erklärt worden, weil die Behörde diese Verschwendung des in Deutschland schon so knappen Schiffsraumes nicht zugehen kann.

Heuschreckenplage in Spanien. Nachrichten aus der aragonesischen Provinz Logrono und verschiedenen benachbarten Orten besagen, daß ein großer Teil der Ernte durch Heuschrecken vernichtet ist. Die Bevölkerung hat den Kampf gegen die Heuschreckenplage aufgenommen, die weiter um sich greift. Die Provinz Logrono ist vom Ebro durchflossen, reich an Wein, Gartenfrüchten und Del.

Kleine Nachrichten.

Vom 7. Juli wird ein monatlich sechs mal verkehrender Flugdienst Genf-Paris eingerichtet. Der Preis für eine Fahrt beträgt 900 Francs.

Im Hafen Kobe (Japan) sind infolge Explosion auf einem Dampfer große Mengen von Petroleum in Brand geraten und 50 Menschen umgekommen.

Gerichtssaal.

Kameradenmishandlung in der Gefangenschaft. Das Kriegsgericht der früheren 18. Division in Altona verurteilte, wie dem „Abend“ gemeldet wird, den in Untersuchungshaft stehenden früheren Bismarckwibel Hermann Klejens wegen empfindlicher Mishandlung deutscher Kameraden in der Kriegsgefangenschaft zu der gesetzlich höchst zulässigen Strafe von 15 Jahren Gefängnis.

Das Urteil im Münchener Geiselmordprozess. Das Volksgericht in München hat den an der Erschießung der Geiseln vor dem Sturz der Münchener Kommune beteiligten Regier Heinrich Walleshausen zum Tode verurteilt, den Mitangeklagten Kötter wegen Beihilfe zum Hochverrat zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Volkswirtschaftliches.

Wirtschaftskrise in der vogtländischen Industrie. Die wirtschaftliche Krise in der vogtländischen Industrie fängt an, bedrohliche Formen anzunehmen. Eine ganze Anzahl von Fabriken arbeitet wöchentlich nur noch 16 bis 22 Stunden, um möglichst alle ihre Arbeiter zu beschäftigen. Zum Teil haben die Arbeiter entlassen werden müssen. Die Handweberei (Heimindustrie) liegt fast ganz still. Die Zahl der Arbeitslosen steigt infolgedessen enorm und fängt ebenfalls an, bedrohlich zu werden.

Das Weizenanfuhrverbot aus Argentinien. Wie die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats in ihrer Wochenübersicht berichtet, droht von den beiden gegenwärtig noch leistungsfähig gebliebenen Broterzeugern Europas, Nord- und Südamerika, auch das letztere als Lieferant für Weizen verloren zu gehen. Schon wiederholt wurde aus Argentinien gemeldet, daß dort Weizenbestände, die Regierung zu einem Ausfuhrverbot für Weizen zu veranlassen. Bisher war die Regierung diesen Bestrebungen nicht gefolgt, da sie selbst noch vor wenigen Wochen einen für die Ausfuhr überflüssigen Weizenvorrat von ca. zwei Millionen Tonnen im Lande ermittelt oder geschätzt hatte. Um aber dem scharf verteuerten Einfuhr der Ausfuhr auf die Weizenpreise entgegen zu wirken, hatte sie vor kurzem dem Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem der jetzige Ausfuhrzoll für Weizen auf 5 Dollar pro Tonne für den Doppelzentner und für Mehl auf 20 Prozent des Wertes erhöht werden sollte. Der Tag für die Beschlußfassung rückte näher, als wir plötzlich durch die Meldung eines argentinischen Weizen-Exportverbotes in Mitte der Woche überrascht wurden. Doch hat der Verwaltungsausschuß des Senats das Dekret über das Weizenanfuhrverbot als verfassungswidrig erklärt. Man wartet ab, wie die Dinge darüber wirklich werden und sich weiter entwickeln. Man muß sich aber klar darüber sein, daß die Frage, ob Europa, speziell auch Deutschland, die großen in Argentinien gekauften Weizenbeständen und die weiteren Ueberflüsse an La Plata-Weizen bekommen wird oder nicht, um so wichtiger ist, als ein Gesetz dafür nur von den Vereinigten Staaten zu erhalten wäre. Bis jetzt scheint man in Argentinien noch in Europa an eine längere Dauer des Weizenanfuhrverbotes am La Plata zu glauben.

Berlin, 12. Juni. (Börse.) Die Schwierigkeit der Kabinettsbildung ließ die Geschäftstätigkeit am letzten Wochentage noch stiller werden als bisher. Ueberwogen ergaben sich daher Kursabschwächungen. Auch die Devisenkurse gaben leicht nach. Für ein Zwanzigmarginal in Gold wurden 185 Mark gefordert.

Wallhalla-Lichtspiele

Wiesbaden Mauritiusstr.

Henny Porten

in ihrem besten Lustspiel

Kohlhiesels Töchter

4 köstliche Akte von E. Labitsch und H. Kräly. (Ufafilm)

Lotte Neumann Prinzesschen

Tragödie eines Fürstenhauses in 4 Akten von H. Tredalli. (Maximfilm).

2 hervorrag. Filmschöpfungen

Kotales.

Die Erhöhung der Fernsprechgebühren tritt mit dem 1. Juli d. Js. in Kraft. Diejenigen Teilnehmer, die ihren Anschluss bis dahin aufgeben beabsichtigen, müssen ihn bis zum 15. d. M. gekündigt haben.

Die Beschränkung der Zinsförmigkeit der Reichsanleihen. Die Zinsförmigkeit der Reichsanleihen und der Reichsschatzangelegenheiten werden nicht mehr von allen staatlichen Kassen wie bisher eingestrichen. Daselbst gilt für die Scheine der Deutschen Schutzgebietsanleihen. Zuerst hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, daß die Zinsförmigkeit von den Eisenbahnkassen nicht mehr in Zahlung zu nehmen oder einzulösen sind. Dann hat der Reichsminister der Finanzen sich damit einverstanden erklärt, die Postanstalten von der Verpflichtung zur Einlösung der Zinsförmigkeit von Reichsschatzangelegenheiten und der Reichsschatzangelegenheiten sowie von der Berechtigung zur Annahme fälliger Zinsförmigkeit von Schuldverschreibungen des Reiches oder eines Bundesstaates, von Schutzgebietsanleihen sowie Stammaktien und Prioritätsobligationen der Staatseisenbahnen zu entbinden. Darauf hat auch der preussische Finanzminister die ihm unterstellten Kassen angewiesen, die Zinsförmigkeit der Reichsanleihen, der Reichsschatzangelegenheiten und der Deutschen Schutzgebietsanleihen nicht mehr anzunehmen und einzulösen. Es geschieht dies selbst dann nicht, wenn ein Verzeichnis vorgelegt wird, das die Stücknummer enthält und von Finanzamt bestätigt ist. Die Zinsförmigkeit von preussischen Staatsanleihen werden nach wie vor eingelöst.

Der zehnprozentige Lohnabzug. Die Vorschriften über den Abzug von Einkommensteuer an Arbeitslohn, die am 25. Juni 1920 in Kraft treten, haben in der Öffentlichkeit vielfach zu irrigen Annahmen geführt. Es besteht die Ansicht, als ob nur der vom 25. Juni 1920 ab verdiente Arbeitslohn dem 10 prozentigen Abzug unterliege. Der Arbeitgeber nimmt daher an, daß, wenn er den Arbeitslohn am Schlusse eines bestimmten Zeitraumes zahlt, er eine doppelte Rechnung aufmachen müsse: einmal was sein Arbeitnehmer bis zum 24. Juni 1920, und dann, was sein Arbeitnehmer vom 25. Juni 1920 an verdient habe. Diese Auffassung ist irrig. Dem 10 prozentigen Abzug unterliegt jeder Arbeitslohn, der vom 25. Juni 1920 an zur Auszahlung gelangt, und zwar auch dann, wenn er auf eine vor dem 25. Juni 1920 liegende Zeit entfällt. Werden also beispielsweise für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 1920 250 M. Arbeitslohn ausbezahlt, so sind 10 Proz. von den ganzen 250 M. zu kürzen. Werden am 30. Juni 1920 1000 M. Arbeitslohn für den Juni ausbezahlt, so unterliegen die ganzen 1000 Mark dem Abzug. Eine Auseinanderrechnung aller zwischen vor und nach dem 25. Juni 1920 verdientem Arbeitslohn findet nicht statt.

Die Sommerreise ist zur Zeit in vielen Familien das Hauptgesprächsthema. Doch meistens bleibt es bei den Plänen. Ihre Ausführung scheitert an den gewaltigen Kosten. Verschlingt doch eine Sommerreise in diesem Jahre nahezu ein kleines Vermögen. Pensionen unter 20 Mark sind kaum zu finden. Die Verpflegungspreise von 50 Mark täglich sind keine Seltenheiten. Doch das ließe sich schließlich noch erhitzen, wenn nicht die hohen Eisenbahnfahrtpreise wären. Sie sind gegen den Friedensstar auf das Infache gestiegen. Die beliebteste Reise nach Bayern, in den Harz oder ins Riesengebirge kostet heute ein Heidengeld, und auch die Reise an die See ist nicht billiger. Dazu kommen die noch an vielen Orten bestehenden Aufenthaltbeschränkungen und der Passzwang, durch den vor allem die Reise an den Rhein wesentlich erschwert wird. Auslandsreisen kommen schon wegen der Bahnschwierigkeiten in Wegfall. Durch alle diese Einschränkungen und Schwierigkeiten in Verbindung mit der allgemeinen Reiseverweigerung wird der Kreis der Erholungsreisenden wirtschaftlich und brüchig enger gezogen, und wie schon während der Kriegszeit wird sich auch in diesem Jahre eine stattliche Anzahl Erholungsbedürftiger mit Sommerfrischen in der näheren Umgebung ihres Heimatortes begnügen müssen.

Unfreundliche Anträge. Seit Anfang dieses Monats schon haben wir jetzt eine unfreundliche Wetterlage, die sich besonders in Jahren mit warmem Frühjahr im Juni einzustellen pflegt. Verursacht werden diese Kältefälle im Juni stets durch die Verlagerung niedrigen Luftdruckes über Nord-, Mittel- und Ost-Europa, während sich der höchste Druck über dem nördlichen Atlantischen Ozean befindet. Infolge der genannten Druckverteilung wehen bei uns nun feuchteste Seewinde aus nördlichen Breiten, die im Verein mit der, die unmittelbare Erwärmung durch die Sonnenstrahlen auslösenden, dichten Bewölkung die Temperaturen meist unter 15, zeitweilig sogar unter 10 Grad Wärme halten. Auch diesmal ist fast der ganze Erdteil von einer Depression beherrscht, deren Minimum zurzeit über Finnland liegt, und an deren Ostseite sich fortwährend Randwirbel bilden, deren Vorzeichen sich durch die häufigen starken Regenschauer zu erkennen gibt. Diese unfreundliche Wetterlage pflegt gewöhnlich 14 Tage und selbst noch darüber hinaus anzuhalten. Vor Mitte des Monats werden wir daher wohl kaum auf beständiges und sommerliches Wetter rechnen können.

Das Auslandsporto. Bei den Postanstalten werden täglich sehr viele Briefsendungen nach dem Ausland eingeliefert, die unzureichend freigemacht sind. Dies läßt darauf schließen, daß die Versender mit den hierfür geltenden neuen Gebühren nicht vertraut sind. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß für Briefe nach dem Freistaat Dänzig, Lauenburg, dem Memelgebiet, Ostpreußen, Ungarn, Westpreußen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) und nach der ersten Zone des Abstammungsgebietes Schlesiens die neuen Gebührensätze des inneren deutschen Verkehrs gelten. Nach dem übrigen Ausland sind die Gebühren für Briefe bis 20 Gramm auf 80 Pfg. und für jede weiteren 20 Gramm auf 60 Pfg., und die Gebühren für Postkarten auf 40 Pfg. festgesetzt worden. Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere nach anderen als den vorgenannten Ländern unterliegen einer Gebühr von 20 Pfg. für je 50 Gramm; die Mindestgebühr beträgt für Warenproben 40 Pfg. und für Geschäftspapiere 80 Pfg. Die Einschreibgebühr beträgt bei Briefsendungen nach den im vorstehenden bezeichneten Ländern 50 Pfg., nach dem übrigen Ausland 80 Pfg. Eine Uebersicht der neuen Gebühren kann durch die Postanstalten zum Preise von 10 Pfg. bezogen werden.

N. L. Zum Milchfreit. Die Verhandlungen zwischen der Stadt Wiesbaden und den Bauernschaften, betr. die Wiederaufnahme der Milchlieferung haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Die Stadt Wiesbaden ist bereit, den Preis von 2 Mk. je Liter Milch ab Stall zu bezahlen, denn sie hat eingesehen, daß sich die Produktionskosten so hoch stellen. Dem steht aber das Verbot der Regierung entgegen. Wenn von verschiedenen Seiten immer wieder auf die gute Grünfütterernte hingewiesen wird, so hat das mit den Produktionskosten der Milch sehr wenig zu tun, denn auch das Grünfütterertrags nicht von selbst. Bei diesen Hinweisen auf die gute Fütterernte wird nie davon gesprochen, daß das Pfund Kleesamen früher 60—70 Pfg. kostete und daß der Bauer jetzt 30 Mk. dafür bezahlen muß; davon wissen die Verbraucher nichts. Im übrigen ist es mit der Grünfütterernte jetzt nachdem der erste Schnitt beendet ist und das trockne, kalte Wetter der letzten 14 Tage den Nachwuchs sehr gehemmt hat, nicht mehr weit her. Vom zweiten Kleeschnitt ist also nicht viel zu hoffen. Welche Wirkung die Erhöhung des Milchpreises auf die Belieferung der Stadt Wiesbaden mit Milch gehabt hat, zeigt die Tatsache, daß sich die Milchlieferungen seit der Erhöhung des Preises auf 2 Mk. von 4500 auf 6800 — also um 2300 Liter — vermehrt haben. Die Bauernschaften mit den Milchhändlern Verhandlungen gepflogen, und diese sind bereit, den Bauern für die Milch 2 Mk. je Liter ab Stall zu bezahlen und sie direkt an die Verbraucher für Mk. 2.40 den Liter zu liefern.

Wetterbericht.

16.—17. Nachts Tau, im Gebirge Nebel, darauf vorherrschend heiter, Niederschläge nur lokal, Wind leicht.

Bekanntmachungen.

Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche werden im Rathause hierseits (Zimmer No. 6) die Zuckerkarten für Monat Juni ausgegeben und zwar:

Am Mittwoch für die Inhaber der Brotkarten No. von 1 — 1000 am Donnerstag für die Inhaber der Brotkarten No. von 1001 — Höchstzahl

Beim Abholen der Zuckerkarten ist als Ausweis die Brotkarte No. vorzulegen und sind möglichst von erwachsenen Personen abzuholen.

Der Zuckerkarte muß unbedingt in den Kundengeschäften wo die Lebensmittel eingebracht sind abgeholt werden. Ungezeichnete Karten haben keine Gültigkeit.

Die Kunden der Kohlenhandlung Stern erhalten morgen auf Folge 15 und Rest der Folge 14 der Haushaltungsbrennstoffkarte je 1 Ztr. Breitschlamm zum Preise von 16 Mk.

Die Anträge auf Selbstversorgung müssen unbedingt noch in dieser Woche abgeholt werden.

Der Landkreis Wiesbaden hat in Niedernhausen im Taunus ein Kindererholungsheim für schulpflichtige Kinder gegründet. Dort sollen erholungsbedürftige Kinder des Landkreises Wiesbaden in vierwöchentlicher Kur Erholung finden.

Die erste Kur soll am 1. Juli d. J. beginnen. Der erforderliche Schulurlaub wird von der Behörde eingeholt werden. Im Monat Juli werden nur Knaben aufgenommen und zwar können sich Schulkinder von 6—14 Jahren aus allen Gemeinden außer Viebrich melden.

Der Preis für eine vierwöchentliche Kur beträgt 150 Mk.

Die Anmeldung der Kinder, kann entweder bei dem Vorsitzenden des Ortswohlfahrtsausschusses oder bei dem Kreiswohlfahrtsamt direkt erfolgen.

Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen.

Wiesbaden den 12. Juni 1920.

Das Kreiswohlfahrtsamt des Landkreises Wiesbaden: Schlitt st. Landrat.

Die Maul und Klauenseuche nimmt in allen Gegenden bedeutend zu. Zur Verhütung der Ausbreitung der Seuche mache ich auf die äußerst leichte Übertragung der Krankheit hiermit besonders aufmerksam. Jeder Handel und Verkehr ist zunächst einzuschränken. Bei etwaigen Anzeigen, wie schlechtes Fressen, geringgradiges Speicheln, Lahmgehen der Tiere ist sofort der Polizeibehörde die gesetzliche Anzeige zu erstatten. Von der Seuche werden befallen: Rinder, Ziegen, Schweine, und Schafe. Es wird bestimmt erwartet, daß jeder Viehhalter seine Sorgfalt nicht tut.

Wiesbaden, den 7. Juni 1920.

Der Landrat.

Wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Zum Abdruck eingegangen am 14. 6. 20.

In letzter Zeit kann der Unfug häufiger beobachtet werden, daß Radfahrer sich an den Straßenbahnwagen festhalten und sich die Steigungen hinaufziehen lassen. Ich warne dringend vor Verübung eines solchen mit persönlicher Gefahr verbundenen Unfugs und mache zugleich darauf aufmerksam, daß die Polizeibehörden mit Anweisung versehen worden sind, alle Personen zur Anzeige zu bringen, die bei Verübung des vorerwähnten Unfugs betroffen werden.

Wiesbaden, den 14. Juni 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Gesang-Verein Frohsinn, Bierstadt.

Nachruf.

Am 12. d. Mts. verschied ganz plötzlich und unerwartet unser langjähriges Ehrenmitglied

Herr Karl Mayer, Bürovorsteher

in Wiesbaden.

Der Entschlafene ist uns stets ein treues Mitglied u. lieber Sangesfreund gewesen. Sein Scheiden hinterläßt in unseren Reihen eine weite tiefempfundene Lücke und werden wir ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Nachmittag 4 1/2 Uhr vom Südfriedhof in Wiesbaden statt und bitten wir die Herrn Mit. liegen um recht zahlreiche Beteiligung.



Turnverein Bierstadt

Eingetragener Verein.

Am Mittwoch, den 16. Juni abends nach der Turnstunde findet eine Besprechung des Vergnügungsausschusses im Vereinslokal zum „Adler“ statt, wozu die Mitglieder desselben freil. eingeladen werden

Der Vorstand.

Gesang-Verein „Frisch-Auf“ Bierstadt.

Mitglied d. Arbeiter-Sängerbundes.

Mittwoch, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr

Gesangsprobe.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.



Freie Turnerschaft Bierstadt

(Mitglied des Arbeiter-Turner-

und Sport-Bundes).

Hiermit lade ich die Mitglieder des Vorstandes zu einer Vorstandssitzung am Donnerstag, 17. Juni 1920 abends pünktlich 8 Uhr zu Turnen. Karl Hardt, Adlerstr. ein. Vollzähliges pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorsitzende

NB. Am Samstag, den 19. Juni findet eine äußerst wichtige Mitgliederversammlung im „Sambirnis“ statt. Näheres in der Samstag-Ausgabe. D. D.

Gesellschaft Rättern.

Sonntag, den 20. Juni unternimmt unsere Gesellschaft einen Ausflug nach Kloppenheim, Saalbau zur „Rose“ (Bes. Karl Hofmann). Daselbst humoristische Unterhaltung mit Tanz und Tombola.

Der Vergnügungsausschuss wird alles aufbieten um die uns beehrenden Gäste, Freunde und Gönner unserer Gesellschaft einige genussreiche Stunden zu bereiten

Wir laden hiermit unsere Ehrenmitglieder, Mitglieder nebst deren zweiten Angehörigen, sowie die Einwohner der Bierstadt und der Umgebung freundlichst ein u. bitten um zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

7 Mann Musik.

Anfang 3 Uhr

Ende nach 11 Uhr.

Sonntag frögt sich klein und groß.

Wo i. h. ent was richtiges los.

Wo man sich die Zeit vertreibt,

Bei Humor Gemütlichkeit.

Diese Frage ist zu lösen,

Wenn Sie diese Zeilen lesen.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

Reklame bringt Gewinn!

Ein gut erhaltenes

Fahrrad

mit Bereifung (Dürrlopp)

zu verkaufen.

Roth Bierst. Wiesbadenerstr. 41. 1.

Eine

Silberhänin

zu verkaufen bei Wilhelm Braun.

Bierstadt, Hirtengasse No. 12.

Obst- und

Gemüsegarten

34 Acker, mit Umzäunung, Brun-

nen, Gartenhaus, hochstämmig.

Baum- und Spalierobst, Beeren

u. s. w. verhältnismäßig zu ver-

kaufen. Hermannstr. 2. II.

Kleine Anzeigen

müssen bei Bestellung

gleich bezahlt werden.

Karbid, Karbid-

lampen eign. Farikat

Kaffeebrenner, Gaslamp, Brenner

Zyl., Glühkörper, Gasfächer und

Schläuche, Ventile und Ventile,

Badewannen, Bade-Ofen, Zaps-

hölzer, Gasfächer, Gas- und

Wasserschläuche zu verkaufen.

Krause, Wiesbaden,

Wellstr. 10.

Cigarren

reine Uebarsen von 80, —

90 1 — 1.20 1.50 bis 5. —

Cigarillos von 40 Pfg. an

Umsonst

ist ein Versuch nicht sie

bleiben bestimmt dauernd

Kunde Tabak 100 Gramm

von 5. Mk. an

Cigarren Gerwing

Wiesbaden

en gros en detail

an 12 Nikolalstr. 12

Fernsprecher 5228

Nie wiederkehrende Ge-

legenheit, besonders für

Wiederverkäufer.